



Klage gegen Erdgas in der EU-Taxonomie

Umweltorganisationen reichen Klage gegen das Einstufen von Erdgas als nachhaltig ein.

Mehr Klimaschutz in der EU

Was Sie über Emissionshandel, CO₂-Grenzausgleich und Klimasozialfonds wissen sollten.

Nachhaltiges Bauen in der Immobilienbranche

Erfahren Sie, welche Rolle die Kreislaufwirtschaft schon jetzt bei Bauprojekten spielt.



Neues aus der EU-Taxonomie

Nachdem Sie in der März Ausgabe des Multicont ESG Newsletter grundlegende Informationen zur EU-Taxonomie und zur CSRD erhalten haben, widmet sich diese Ausgabe aktuellen Geschehnissen rund um die Richtlinien und zeigt auf, dass Sie inzwischen in allen Bereichen der Wirtschaftstätigkeit auf Neuigkeiten und Änderungen stoßen werden. Firmen, die sich schon jetzt intensiv mit der Materie auseinandersetzen sind, unabhängig von ihrer Größe, klar im Vorteil.

Wie Sie aus dem letzten Newsletter entnehmen können, besteht die EU-Taxonomie aus verschiedenen Wirtschaftstätigkeiten bzw. Sektoren. Einige davon werden in dieser Ausgabe genauer unter die Lupe genommen. Neben Euphorie seitens Umweltschutzorganisationen aufgrund der kürzlich um EU-Parlament verabschiedeten Gesetze hin zu mehr Klimaschutz, stoßen auch neue Ergänzungen in der EU-Taxonomie auf Kritik. Mehr dazu erfahren Sie auf den kommenden Seiten. Sollten Sie ein bestimmtes Themengebiet haben, das die Multicont im Mai behandeln soll, wenden Sie sich bitte an uns und wir werden uns bemühen, Neuigkeiten zu Ihrer Wirtschaftstätigkeit in unseren Newsletter einfließen zu lassen.

Klage gegen Erdgas in der EU-Taxonomie

Eine Gruppe von Umweltorganisationen hat vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen die Entscheidung der EU-Taxonomie erhoben, fossiles Erdgas als nachhaltig einzustufen. Die Organisationen, darunter ClientEarth, Transport & Environment (T&E), der BUND und das Brüsseler Europa-Büro des WWF, argumentieren, dass die Entscheidung falsch und irreführend ist, da Erdgas trotz seines "grünen" Etiketts nachweislich klimaschädlich ist. Die EU-Kommission hat damit ihre eigenen Experten und Berater ignoriert. Jochen Krimphoff, ein Nachhaltigkeits-Finanzexperte des WWF Deutschland, kommentiert die Klage und betont, dass die Glaubwürdigkeit der EU-Taxonomie auf dem Spiel steht. Die Klage habe das Ziel, Greenwashing zu verhindern und sicherzustellen, dass die Finanzmärkte nur in wirklich nachhaltige Aktivitäten investieren. Investitionen in Erdgas könnten die Bemühungen um eine ökologische Transformation behindern und die Ziele des Pariser Klimaabkommens gefährden.

Die EU-Staaten sind sich uneinig über die Nachhaltigkeit von Atomenergie und Gas. Die österreichische Regierung hat bereits Klage gegen das Nachhaltigkeitssiegel für Atomenergie und Gas eingereicht und auch Luxemburg, Spanien und Dänemark haben die Entscheidung der EU kritisiert. Einige Mitgliedstaaten wie Polen und Bulgarien verteidigen Gaskraftwerke als Alternative zu Kohlekraftwerken. Die Einstufung von Erdgas als nachhaltig gilt als Kompromiss zwischen deutschen und französischen Interessen. Während Frankreich sich auf EU-Ebene für Nuklearenergie einsetzt, kann die deutsche Bundesregierung aufgrund der Bedeutung von Erdgas für die deutsche Industrie gut damit leben.

Zusammen mit Erdöl und Kohle gehört fossiles Gas weltweit zu den Hauptverursachern des Klimawandels und allein in Österreich trägt es zu 20 Prozent der Treibhausgasemissionen bei. Besonders bedenklich ist die Freisetzung von Methan bei der Förderung, dessen klimaschädliche Wirkung mehr als 80-mal höher ist als die von CO₂. Darüber hinaus verursacht die hauptsächlich auf Importe angewiesene Nutzung von Erdgas hohe volkswirtschaftliche Kosten. "Das Verschönern von Erdgas bringt uns in eine gefährliche Sackgasse, die unsere Energieunabhängigkeit bedroht und alle Klimaschutzmaßnahmen untergräbt. Europa muss in Energieeffizienzprogramme und erneuerbare Energiequellen investieren, die mit der Natur vereinbar sind, anstatt neue fossile Abhängigkeiten zu schaffen", fordert Jakob Mayr vom WWF.

Mehr Information finden Sie: [HIER](#)

Mehr Klimaschutz in der EU

Am Dienstag, den 18. April, hat das Europäische Parlament umfassende Reformen beschlossen, um die europäische Klimapolitik zu stärken. Der EU-Emissionshandel wird überarbeitet, um die Kosten für die CO₂-Emissionen zu erhöhen. Der europäische CO₂-Markt zwingt bereits seit Jahren Kraftwerke und Fabriken, CO₂-Zertifikate zu erwerben, wenn sie die Umwelt belasten. Diese Maßnahme hat bereits dazu beigetragen, die Emissionen dieser Sektoren seit 2005 um 43 Prozent zu reduzieren. Nun steht der CO₂-Markt jedoch vor einer grundlegenden Überarbeitung, um die ehrgeizigen europäischen Klimaziele zu erreichen. Das Parlament stimmte mit großer Mehrheit für eine Vereinbarung, auf die sich die Verhandlungspartner aus den Mitgliedstaaten und dem Parlament im vergangenen Jahr geeinigt hatten. Die Reform zielt darauf ab, die Emissionen bis 2030 nochmals deutlich zu senken. Fabriken werden bis 2034 die kostenlosen CO₂-Zertifikate verlieren, die sie derzeit erhalten. Die Emissionen der Schifffahrt werden ebenfalls ab 2024 in den CO₂-Markt integriert.

Des Weiteren haben die Abgeordneten den weltweit ersten Plan der EU unterstützt, ab 2026 schrittweise eine Abgabe auf Importe von Waren mit hohem CO₂-Ausstoß einzuführen. Dieser Plan zielt

insbesondere auf Importe von Stahl, Zement, Aluminium, Düngemitteln, Strom und Wasserstoff ab. Der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) soll sicherstellen, dass EU-Industrien nicht von klimaschädlicheren ausländischen Konkurrenten unterboten werden. Dadurch sollen EU-Firmen nicht in Versuchung geraten, ihren Standort in Regionen mit laxeren Umweltvorschriften zu verlegen.

"Um die Klimakrise zu bewältigen, müssen die Emissionen weltweit gesenkt werden. Wenn energieintensive Waren in die EU kommen, werden wir dafür sorgen, dass für die CO₂-Emissionen bezahlt wird", sagte EU-Klimachef Frans Timmermans.

Im Rahmen desselben Pakets stimmte das Parlament auch über Pläne zur Einführung eines neuen EU-Marktes für CO₂-Emissionen ab 2027 ab. Damit werden Emissionen von Kraftstoffen, die in Autos und Gebäuden verwendet werden, abgedeckt, sowie ein EU-Fond in Höhe von 86,7 Milliarden Euro zur Unterstützung der von den Kosten betroffenen Haushalte eingeführt. Es wird erwartet, dass die Maßnahmen den Preis für Benzin und Diesel um mindestens 10 Cent erhöhen werden, was Befürchtungen über soziale Unruhen aufkommen lässt. Diese Befürchtungen wurden von der Kommission jedoch zurückgewiesen, die auf den neuen sozialen Klimafonds verwies, um die Auswirkungen auf Haushalte abzumildern.

Gemäß Timmermans werden Personen, die sich eine Investition in Wärmepumpen und Solaranlagen leisten können, dazu ermutigt werden, dies zu tun. Für jene, die finanzielle Unterstützung benötigen, wird Hilfe zur Verfügung gestellt. Die Reform des Emissionshandelssystems (ETS) wurde mit überwältigender Zustimmung von 413 Ja-Stimmen, 167 Nein-Stimmen und 57 Enthaltungen angenommen, während die Abstimmung über die Einführung des CBAM mit 487 zu 81 Stimmen und 75 Enthaltungen angenommen wurde. Diese Mehrheiten signalisieren eine breite politische Unterstützung der Reform im Parlament, nachdem im Dezember eine politische Einigung mit den Mitgliedstaaten erzielt wurde.

Die Zustimmung der Mitgliedstaaten bleibt jedoch noch ausstehend und wird in den nächsten Wochen geprüft. Normalerweise handelt es sich hierbei um eine Formalität, die durch zuvor vereinbarte Abmachungen durchgewunken wird. Allerdings wurde der Prozess letzten Monat auf den Kopf gestellt, als Deutschland in letzter Minute Einspruch zur Abschaffung von mit fossilen Brennstoffen betriebenen Autos erhob.

Mehr Information finden Sie: [HIER](#)

Nachhaltiges Bauen in der Immobilienbranche

Der Baubranche stehen Veränderungen bevor, denn die EU setzt sich intensiv für die Erreichung der Pariser Klimaziele ein. Konkret strebt die EU bis 2030 eine Verdopplung der Renovierungsquote sowie eine Senkung der CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 55% an.

Um diese Ziele zu erreichen, setzt die EU auf rechtliche Grundlagen und ökonomische Anreize, um nachhaltige Projekte zu fördern. Durch die EU-Taxonomie erhalten nachhaltige Bauprojekte bessere Konditionen bei der Finanzierung, was die Kreislaufwirtschaft in der Branche stärkt. Das Ziel der Kreislaufwirtschaft ist dabei nicht nur, den Zugang zu Rohstoffen zu sichern, sondern auch die regionale Wertschöpfung zu steigern.

Gesellschaften für nachhaltiges Bauen weisen bereits darauf hin, dass Bauprojekte ohne Betriebsgenehmigung oder Projekte, die an der Finanzierung durch Kreditgeber scheitern, in Zukunft vermehrt auftreten könnten. Beispielsweise haben Banken bereits begonnen, die Daten aller finanzierten Objekte auf deren CO₂-Bilanz zu prüfen, um zu ermitteln, welche Objekte die 1,5-Grad-Vorgabe erreichen und bei welchen Objekten energetische Maßnahmen notwendig sind. In den Niederlanden

können Gebäude mit zu niedrigen Energiestandards die Betriebserlaubnis verlieren, was eine riesige Nachfrage nach Sanierungen ausgelöst hat und somit dynamisch auf die Kreislaufwirtschaft wirkt.

Es ist zu erwarten, dass es in der Baubranche genaue Vorgaben wie digitalisierter Produktinformationen, um Zutaten und Rezepturen transparent zu machen, sowie höhere Vorgaben zur Energieeffizienz und die Priorisierung von Renovierungen vor Abrissen, geben wird. Mindeststandards müssen erreicht werden, da andernfalls die Betriebserlaubnis für ein Gebäude entfällt. Durch diese Maßnahmen wird die Kreislaufwirtschaft in der Branche gestärkt, da für die Standards die gesamte Wertschöpfungskette betrachtet wird.

Mehr Information finden Sie: [HIER](#)

Neuer Sektor in der EU-Taxonomie: Bald soll auch die Luftfahrtbranche über ihre eigenen Kriterien verfügen

Revolution im Flugverkehr: Die EU will die Luftfahrt in ihre grüne Taxonomie aufnehmen! Welche Auswirkungen hat das auf die Branche und wie will die EU skeptische Politiker überzeugen? Ein erster Entwurf lässt aufhorchen...



Der Luftverkehr könnte bald in die grüne Taxonomie der Europäischen Union aufgenommen werden. Die EU-Verkehrskommissarin Adina Valean setzt sich dafür ein, den Luftfahrtsektor in die Liste der Branchen aufzunehmen, die im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der Union stehen. Die grüne Taxonomie der EU soll dazu beitragen, Investitionen in nachhaltige Projekte zu lenken und Unternehmen dabei unterstützen, ihre Umweltauswirkungen zu minimieren. Derzeit ist die Taxonomie auf Branchen wie erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Landnutzung beschränkt.

Die Aufnahme des Luftverkehrs in die grüne Taxonomie könnte jedoch eine Herausforderung darstellen, da dieser Sektor immer noch einen erheblichen Anteil an den globalen Treibhausgasemissionen ausmacht. Die Verkehrskommissarin Valean sagte jedoch, dass es möglich sei, die Nachhaltigkeitskriterien der Taxonomie auf die Luftfahrt anzuwenden, und betonte die Bedeutung einer Transformation des Sektors hin zu einer kohlenstoffarmen Zukunft.

Ein erster Entwurf der Taxonomie, der im Dezember 2020 veröffentlicht wurde, umfasste bereits Bereiche wie saubere Mobilität und erneuerbare Energien, aber es gibt noch keinen konkreten Zeitplan für die Aufnahme des Luftverkehrs in die Liste.

Die Entscheidung könnte jedoch politisch umstritten sein, da einige Mitgliedstaaten Bedenken hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit ihrer nationalen Fluggesellschaften haben könnten, wenn die Nachhaltigkeitskriterien zu streng sind. Dennoch ist die Aufnahme des Luftverkehrs in die grüne

Taxonomie ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Luftfahrtindustrie und zur Erreichung der Klimaziele der EU.

Mehr Information finden Sie: [HIER](#)

Für eine nachhaltigere Landwirtschaft – Kritik über aktuelle Kriterien aus der Branche

Branchenvertreter sehen im Hinblick auf die noch unklaren Regeln Verbesserungsbedarf und betonen die Notwendigkeit von einheitlichen Definitionen, um gleiche Indikatoren mit gleicher Bewertung sicherzustellen. Darüber hinaus betonten sie, dass von der Transformation ein massiver regulatorischer Druck ausgehe und plädierten für eine Verhältnismäßigkeit bei sämtlichen Anforderungen. Ein weiterer Schwachpunkt der aktuellen Richtlinie seien die unüberschaubaren Kennzahlen, da es nicht möglich sei, zu managen, was nicht gemessen werden könne. Außerdem bemängelten Landwirte die jetzigen Möglichkeiten für CO₂-Bilanzrechnungen. Bei jeder Rechnung komme ein anderes Ergebnis heraus und Dokumentation und Kontrolle kosteten Landwirte bereits 30 Prozent ihrer GAP-Prämie. Die Einheitlichkeit und Klarheit in Bezug auf die EU-Taxonomie, um eine effektive Umsetzung von Nachhaltigkeitsstandards zu gewährleisten würde zu einer deutlichen Verbesserung führen.

Sind schon bald neue Sektoren in der EU-Taxonomie zu erwarten?

Die EU-Kommission hat bekannt gegeben, dass nicht alle Aktivitäten, die einen wesentlichen Beitrag zu den Klimazielen leisten können, in den ersten delegierten Rechtsakt aufgenommen wurden. Dies liegt daran, dass zuerst diejenigen Wirtschaftssektoren und -tätigkeiten mit dem größten Potenzial zur Verringerung der Treibhausgasemissionen priorisiert wurden, gemessen an ihrem Anteil an den Gesamtemissionen und ihrem theoretischen Potenzial zur Emissionsverringerung. Es ist geplant, in zukünftigen Überprüfungen des delegierten Rechtsakts zu den Klimazielen weitere Tätigkeiten wie Glasherstellung, Herstellung von Zellstoff und Papier oder Herstellung von Lebensmitteln und Getränken aufzunehmen oder in der Entwicklung des delegierten Rechtsakts zu den Umweltzielen 3-6 zu berücksichtigen.

Unternehmen, die sich bislang nicht in der EU-Taxonomie wiederfinden, sollten die Entwicklungen hinsichtlich der Aufnahme neuer Sektoren und Wirtschaftstätigkeiten genau verfolgen. So können sie sich gegebenenfalls frühzeitig mit Anforderungen und technischen Bewertungskriterien neu aufgenommener Tätigkeiten auseinandersetzen.



Was gehört in Ihren CSRD – Bericht?

Wie Sie bereits aus der letzten Ausgabe wissen, ist die CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive) ist ein neues EU-Gesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, jährlich Nachhaltigkeitsberichte zu erstellen und zu veröffentlichen. Diese Berichte sollen Informationen über die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Unternehmens auf die Umwelt und die Gesellschaft liefern.

Für Verbraucher ändert sich zunächst nichts direkt Spürbares durch die CSRD. Allerdings können sie nun die Nachhaltigkeitsberichte der Unternehmen einsehen und sich so ein genaueres Bild darüber machen, welche Unternehmen in Sachen Nachhaltigkeit wirklich etwas bewegen. Die Berichte müssen von Wirtschaftsprüfern oder anderen Experten geprüft werden, um sicherzustellen, dass sie glaubwürdig sind und nicht nur "grüngefärbte Selbstdarstellungen" der Unternehmen. Unternehmen, die sich bisher dem sogenannten "Greenwashing" verschrieben haben, werden durch die CSRD gezwungen sein, ihre tatsächlichen Nachhaltigkeitsbemühungen zu dokumentieren und zu verbessern.

Möchten Sie Ihr Unternehmen vorab prüfen lassen? Dann sind Sie bei der Multicont an der richtigen Adresse.

Die CSRD wird auch Auswirkungen auf die Vergabe von Krediten durch Großbanken haben. Der Nachhaltigkeitsreport wird zum maßgeblichen Kriterium für die Kreditvergabe an Unternehmen, die keine glaubwürdigen Nachhaltigkeitsanstrengungen unternehmen, werden künftig nur noch schwer an Geld kommen, um ihre Wachstumsziele zu erreichen. Das bedeutet, dass Unternehmen, die sich nicht für

Das gehört in Ihren Bericht:

- 1) Wie sieht die Energiebilanz des Unternehmens aus?
- 2) Welche Art von Energie wird genutzt und wie wird diese kompensiert?
- 3) Woraus / Woher bezieht das Unternehmen seine Rohstoffe?
- 4) Wie organisiert das Unternehmen seinen Transport (Straßen, Schienen, Wasserstraßen)?
- 5) Welche Strategien werden zur Abfallvermeidung und -bewirtschaftung angewendet?
- 6) Beschäftigt das Unternehmen Lieferanten, die unsoziale Produktionsbedingungen haben?
- 7) Wie geht das Unternehmen mit Wasser- und Abwasser um?
- 8) Wie steht es um die Chancengleichheit der Mitarbeiter des Unternehmens?
- 9) Welche ökologischen und sozialen Projekte unterstützt das Unternehmen?
- 10) Wie ist die CO₂-Bilanz des Unternehmens und wie wird diese kompensiert?
- 11) Welche ökologischen Ziele verfolgt das Unternehmen und in welchen Zeiträumen?

Nachhaltigkeit engagieren, mit schwerwiegenden finanziellen Konsequenzen rechnen müssen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Fachkräftemangel. Immer mehr gesuchte Fachkräfte achten bei der Jobsuche auf die Nachhaltigkeitsbemühungen des potenziellen Arbeitgebers. Unternehmen, die in dieser Hinsicht nicht überzeugen können, werden es zunehmend schwer haben, qualifizierte Mitarbeiter zu finden und zu halten. Auch hier wird der Druck auf Unternehmen erhöht, sich für eine nachhaltige Ausrichtung zu engagieren.

Die CSRD hat das Potenzial, ein neues Unternehmertum in Europa zu schaffen, das gleichermaßen auf wirtschaftlichen Erfolg und verantwortungsvolles Handeln im Hinblick auf die Natur und die Gesellschaft setzt. Während die verpflichtenden Nachhaltigkeitsberichte in der Startphase Kosten und Aufwand für Unternehmen bedeuten, kann die Umsetzung der CSRD den Weg zu einem nachhaltigeren Wirtschaftssystem ebnen. Dies ist dringend notwendig, da die globale Umwelt- und soziale Krise eine Neudefinition der Geschäftspraktiken erfordert.

Mehr Information finden Sie: [HIER](#)

„Für die meisten mittelständischen Unternehmen ist die Erfüllung der Berichtspflichten aufgrund der geforderten Datengranularität mit einem hohen Umsetzungsaufwand verbunden. Eine detaillierte Analyse der Datenlücken und die Einrichtung geeigneter IT-Systeme und Prozesse sind notwendig, um den Anforderungen gerecht zu werden. Das ESG-Team der Multicont unterstützt Sie gerne bei Ihrem Nachhaltigkeitsauftritt.“



Fritz URBANEK

SENIOR
MANAGER



Markus RAMOSER

Was erwartet KMU?

“Die neuen gesetzlichen Vorgaben bieten dem Mittelstand Chancen, ESG-Kennzahlen zur Strategieentwicklung und Unternehmenssteuerung zu nutzen. Unternehmen mit nachweislich effektiven ESG-Aktivitäten oder einem hohen Anteil taxonomiekonformer Wirtschaftsaktivitäten können langfristig von höherer Nachfrage am Kapitalmarkt und günstigeren Finanzierungsbedingungen profitieren.“

Starten Sie schon jetzt in eine nachhaltige Zukunft. Die Multicont unterstützt Sie mit unserer Expertise gerne bei Ihrem Vorhaben. Kontaktieren Sie uns unter office@multicont.at, um einen detaillierten Überblick über unsere Leistungen zu erhalten.

